

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH

NR.15

9.12.1973

6 FRANKFURT

homburger str.36

tel.0611/77 46 96

INLAND

<u>wiesbaden</u>	schulstreik wegen stadtsanierung	-1-
<u>berlin</u>	AIM europa gegründet	-2-
<u>offenbach</u>	griechisches kulturzentrum-zentrale der bespitzelung	-2-
<u>bochum</u>	"polizei raus an der uni!"	-2-
<u>hagen</u>	senatsitzung unter polizeieinsatz	-3-
<u>köln</u>	erfolgreiche durchbrechung des demoverbots	-3-
<u>bochum</u>	"krise" und kurzarbeit bei opel	-4-
<u>frankfurt</u>	gespräch zwischen hausbesetzern, mietstreikern und stadt/ kettenhofweg 51 im prozess	-5-
<u>berlin</u>	behandlung von k.hammerschmidt in u-haft	-7-

postscheckkonto
w.spruck; frankfurt 60
nr.525228-602

BÜROZEITEN:
mo, mi, fr, 10 -14uhr

REDAKTIONSSCHLUß
FREITAG 20 uhr!

verantwortlich:
peter m. borch
1 berlin 33

KONTAKTZENTREN

- 1 BERLIN
links-unten red.
tel.8511344
- 2 HAMBURG
buchladen manifest
schlüterstr.79
tel.44 40 03
- 463 BOCHUM-querenbg
evang.stud.gemeinde
lennershofstr.66
baracke VIII
tel.701465
- 5 KÖLN
pol.buchladen
zülpicher str.197
tel.44 61 71
- 74 TÜBINGEN
aktion-pol.buchladen
nauklerstr.20
- 8 MÜNCHEN
basis-buchhandlung
adalbertstr.41 b
089/2809522

AUSLAND

<u>persien</u>	sreikwelle durch das ganze land	-8-
<u>peru</u>	blutige zusammenstöße zwischen streikenden und polizei	-9-
<u>chile</u>	us-flugzeug beschloß moneda-palast	-9-
<u>chile</u>	volle läden, leere mägen	-10-
<u>portugal</u>	verhaftungen nach den wahlen	-10-
<u>london</u>	lotta continua - treffen	-11-
<u>paris</u>	pariser kolloquium: die neuen gefahren wahrnehmen	-12-
<u>frankreich</u>	frankreich ermittelt den"inneren feind"	-12-
<u>neapel</u>	wissenschaft für vietnam in italien	-13-
<u>dublin</u>	erklärungen der provisionals zu der neuen regierung in nordirland	-13-

DOKUMENTATION

dokument 1	erklärung zu den anschlügen auf itt-berlin, nürnberg	-14-
dokument 2	beschluss über weiterbesiehn der isol a.baaders	-14-
dokument 3	was ist in der westendstr. 70 los?	-15-

MONATSABONNEMENT
5.-

WIESBADEN (ID)

SCHULSTREIK IN WIESBADEN

4. dezember 1973

am montag und dienstag den 3. und 4.12. streikten die schüler elli-heus-schule ab der 3. stunde. bei der abschließenden demonstration am dienstag protestierten über 1000 schüler gegen den ausbau der schwalbacher straße zu eine 8-spurigen stadtautobahn. zum ersten mal seit den numerus chlausus streiks hatten die schüler damit das mittel des streiks zur durchführung ihrer forderungen benutzt. der streik war trotz der abwiegelungsversuche der schulleitung zustande gekommen, die auch während der streikzeit unterricht anbot. der streik wurde in einem rundbrief des direktors als "illegal" bezeichnet, die reaktionären lehrer hetzten in den unterrichtsstunden und drohten mit repressionen.

den streikbeschuß haben die schüler auf einer vollversammlung am 28.11. gefällt, nachdem sie einige tage zuvor in einer smv-sitzung von dem vorhaben der stadt erfahren haben. das lehre kollegium und die schülervertretung verabschiedeten daraufhin sofort eine resolution, in der der stop des ausbaus der schwalbacher straße gefordert wurde, bis die elli-heus-schule verlegt worden sei. diese resolution ging mit keinem wort auf die noch stärkere belästigung der passanten und anwohner ein. auf der vollversammlung wurde dann folgender vorschlag des sv-ausschusses, der auf der vollversammlung als streikleitung bestätigt wurde, angenommen.

"1. die schülerschaft der elli-heus-schule fordert den sofortigen stop des ausbaus der schwalbacher straße;

2. gegen eine stadtsanierung zu lasten der bevölkerung

3. gegen den ausbau der dotzheimer- und karl-straße, die zu einer 4-spurigen fahrbahn ausgebaut werden soll."

info-stände und ein flugblatt sollten die bevölkerung in der stadt informieren, eine unterschriftenaktion sollte organisiert werden und die bevölkerung zu einer bürgerversammlung am montag den 3.12. eingeladen werden.

weitere maßnahmen:

1. mit der stadtverwaltung diskutieren. dieser schritt war wichtig, denn nicht nur schüler, sondern auch passanten und bewohner, werden von dem lärm und den abgasen belästigt werden.

2. warnstreik am montag ab der dritten stunde und anschließende demonstration, um die bevölkerung zur bürgerversammlung aufzurufen und der stadtverwaltung die entschlossenheit der schüler deutlich zu machen.

3. eine demonstration am dienstag um 17.00 uhr, wo alle schüler, lehrer, eltern, passanten und bewohner aufgerufen werden, um ebenfalls ihren protest gegen den ausbau gegenüber der stadt deutlich zu machen.

diese beschlüsse wurden sehr schnell gefaßt, ohne längere diskussion. die folge war, daß bei vielen schülern noch unklarheiten über einzelne forderungen bzw. deren durchführung und über die verschiedenen mittel, die zur durchsetzung der forderungen angewendet sollten, bestanden. der schwere fehler, der ksg(kommunistische schülergruppe) war es, auf den streikbeschuß zu drängen, ohne die diskussion darüber zu führen, daß der kapitalistische staat der verursacher einer stadtsanierung zu lasten der bevölkerung ist. als teil davon versucht auch die wiesbadener stadtverwaltung auf möglichst ruhige weise straßen für die kapitalisten hertie und horten, die ihre kaufhäuser an diesen straßen haben, zu bauen. die hochstraße, die direkt an den fenstern der anwohner vorbeiführt, der schwerlastverkehr am 2. ring durch wohnviertel zeigen dies deutlich. der ausbau der schwalbacher straße stellt einen angriff gegen die lebens- und lernbedingungen der bewohner und schüler dar, besonders der bewohner, die nicht nach einigen stunden aus der innenstadt herauskommen, sondern 24 stunden am tag diesen bedingungen ausgesetzt sind. hätte dies alles die ksg in der diskussion klargestellt und ausführlicher mit schülern diskutiert, dann wäre auf der demonstration am montag und dienstag nicht die falsche parole aufgetaucht: "erst die schule, dann die straße!" diese forderung geht nur auf die situation der schüler ein und nicht auf die gemeinsamkeiten mit der bevölkerung. diese forderung spaltet die notwendige einheit aller betroffenen.

an den informationsständen in der stadt unterschrieben an 3 tagen 1500 passanten, die bevölkerung war demnach bereit, die aktionen der schüler zu unterstützen. die folge hierauf war, daß auch die diskussion über die mittel, die man zur durchsetzung der

forderungen anwenden wollte, unklar blieben. so mußte die unvorbereitete besetzung der kreuzung schwalbacher straße - ecke friedrichstraße scheitern. die polizei verhinderte brutal die besetzung der kreuzung. ein polizist fuhr in die menge rein und schülern über die füße, ein sextaner wurde getreten, andere von den motorrädern gerammt. der fehler am diensttag war, daß nicht vor beginn, sondern während der demonstration die besetzung der kreuzung diskutiert wurde, und so sich viele demonstranten absetzten, als es um die blockade der kreuzung ging.

in zukunft müssen die aktionen mit den schülern der oranienstraße abgesprochen werden, die ebenfalls von dem ausbau betroffen sind, nachdem am montag etwa 180 schüler spontan mitstreikten und sich der demo anschlossen. jetzt ist der nächste schritt, daß die schüler der oranien- und elli-heus-schule gemeinsam einen unbefristeten streik beschließen und zusammen mit der bevölkerung demonstrationen durchführen.

(bericht von der ksg wiesbaden.)

BERLIN (ID)

AMERICAN INDIAN MOVEMENT (AIM) EUROPA GEGRÜNDET

28. november die amerikanische indianerbewegung europa wurde am
29. oktober 73 in berlin-west durch die nationalen repräsentanten vom american indian movement chris spotted eagle gegründet. das westberliner büro ist damit die erste und bisher einzige europäische AIM-niederlassung. die ziele der niederlassung sind die gleichen, wie die des hauptquartiers in rapid city, south dakota:

1. einhaltung aller 411 zwischen der us-regierung und den verschiedenen indianerstämmen abgeschlossenen verträge.
2. absolute selbstbestimmung in allen bereichen.

kontaktadresse: aim europa, c/o waetermans, 1 berlin 21, flensburger str. 9

OFFENBACH (ID)

GRIECHISCHES KULTURZENTRUM - ZENTRALE DER BE- SPITZELUNG

am 24.11.73 hat in offenbach eine demonstration gegen die griechische junta und das sogenannte griechische "kulturhaus" stattgefunden, an der ca. 300 leute teilnahmen.

das von der spd-stadtverwaltung geduldete "kulturhaus" dient dem griechischen konsulatsangehörigen nikolaidis als zentrale, die die bespitzelung griechischer arbeiter und studenten in offenbach organisiert. schon 1968 hat eine gruppe von griechen versucht, die gründung des faschistenzentrums zu verhindern, wobei es auch zu schlägereien kam. danach versprach die spd in offenbach die gründung zu verhindern - in wirklichkeit existiert dieses haus jetzt schon einige jahre. es war auch die spd, die ihre bullen und wasserwerfer schickte (zum erstenmal in offenbach!), um eine kundgebung vor dem faschistenzentrum zu verhindern. zur demo kamen ziemlich wenig griechen. die angst unter den griechischen demokraten ist groß angesichts des gut organisierten spitzelwesens. um die angst der griechen etwas abzubauen, müssen wir etwas gegen dieses faschistenzentrum unternehmen. dazu hat sich jetzt ein komitee gegründet, das momentan material über das zentrum und die organisation der bespitzelei zusammenträgt und dann in einem offenen brief an die stadtverwaltung die schließung des faschistenzentrums fordert.

kontaktadresse: steffen döbert, 605 offenbach, bismarckstr. 31

BOCHUM (ID)

"POLIZEI RAUS AUS DER UNI!"

29. november 73

an der ruhruniversität in bochum fand am 29.11. ein brutaler polizeieinsatz statt. dabei wurden 5 studenten verletzt, 2 festgenommen. die hintergründe:

in der abteilung sozialwissenschaften sollte eine statistikklausur geschrieben werden, die in diesem semester von 200-250 studenten boykottiert wurde, nachdem die klausur schon in den letzten semestern heftigst umstritten war. in diesem semester forderten die betroffenen studenten "freie wahl der prüfungsbestimmungen", z.b. die möglichkeit einer hausarbeit, alternativ zur klausur. 6 studenten haben sich so unsolidarisch verhalten, daß sie heute hinter verschlossenen türen im dekanatszimmer doch schreiben wollten. die durchführung der klausur ist von den studenten der sozialwissenschaften verhindert worden: durch lauten protest vieler studenten, die die aufhebung der klausur verlangten, die gegen die ausdrücklichen forderungen der überwältigenden mehrheit der betroffenen studenten für eine kleine gruppe von lieblingen des statistik-dozenten voss durchgesetzt werden sollten. daraufhin ist die schon bereitstehende polizei auf das universitätsgelände selber gerufen worden; dieser einsatz war offensichtlich seit tagen von höchster ebene vorbereitet, z.b. in telefonischen beratungen zwischen polizeipräsidium und universitätsdienststellen.

die einrückende polizei (etwa 80) schlug sofort zu, obwohl die studenten (etwa 400) anfangs auf dem boden saßen und passiven widerstand leisteten. die polizei zog sich wiederholt kurz zurück und griff von neuem an.

daraufhin hat sich eine spontane demonstration durch die universität gebildet, die in kürzester zeit auf mehr als 1000 studenten anwuchs. groß war die empörung der studenten und der uni-angestellten, die davon erfuhren. der demonstrationszug verfolgte die polizei, bis sie das uni-gelände verlassen hatte. dabei wurden spontan folgende parolen gerufen: "polizei raus aus der uni!" - "willms, asta, rektorat sind ein gangstersyndikat" - "freiheit für alle politischen gefangenen!" - "streik, streik, streik".

die demonstration ging schließlich über in eine vollversammlung im größten hōrsaal auf dem uni-gelände. auf dieser vollversammlung sind folgende beschlüsse gefaßt worden: 1. freitag, den 30.11. ist eine weitere vollversammlung, 2. anschließend wird eine demonstration in der stadt durchgeführt, 3. in der nächsten woche wird an mindestens 3 tagen an der ganzen universität gestreikt, 4. dieser streik wird an der abteilung sozialwissenschaften solange fortgesetzt, bis der dekan zurückgetreten ist.

protesttelegramme an den rektor der ruhruniversität, den polizeipräsident von bochum, dekan willms (kopien an den fachschaftsrat sozialwissenschaften ruhruni, 463bochum, postfach oder die esg). rückfragen (tel. 02321/715418 (fachschaftsrat sozialwissenschaften) 02321/701465 (esg)).

HAGEN (ID)
3. dezember 1973

SENATSSITZUNG UNTER POLIZEIEINSATZ AN DER
FACHHOCHSCHULE

am 3.12. sollte im senat der fachhochschule über eine studienordnung beschlossen werden, die von studenten und dozenten des fachbereichs sozialwesen erarbeitet worden waren.

der antrag auf öffentlichkeit der sitzung wurde vom senat ohne begründung abgelehnt. 60 bis 70 studenten besetzten daraufhin friedlich den saal. der senat verließ nach vergeblichen aufforderungen an die studenten den saal zu verlassen, den raum, um in einem anderen gebäude weiter zu tagen. zu gleicher zeit fuhren 5 mannschaftswagen polizei vor, um den neuen tagungsort abzusichern.

am 6. und 12.12. wird in der fhs über streik wegen des hochschulrahmengesetzes und der rahmenprüfungsordnung abgestimmt.

KÖLN (ID)

ERFOLGREICHE DURCHBRECHUNG DES DEMONSTRATIONS-
VERBOTS

das verbot der demonstration am 1.12. gegen die inhaftierung von 25000 politischen gefangenen im iran und gegen die drohenden todesurteile gegen 12 persische patrioten erfolgte am freitag mittag.

die begründung des verbots war eine anderthalbseitige politische stellungnahme, die außer zwei formalen gründen, die drei folgenden ent-

hielt: da der iran einer der wenigen staaten ist, der in der augenblicklichen krisensituation ohne boykott-maßnahmen weiterhin öl an die BRD liefert, schadet eine gegen die regierung des irans gerichtete demonstration dem interesse der bundesrepublik, belastet die tätigkeit einer oppositionellen iranischen studentenvereinigung in der bundesrepublik die beziehungen zwischen dem iran und der BRD.

da die, die demonstration anmeldende liga, die gewaltanwendung vertritt (beweis: zitat aus dem letzten mitgliederrundbrief zur frage des volkskriegs in kambodscha) besteht die gefahr, daß diese organisation mit gewalt gegen die bevölkerung vorgeht.

die am demo-anruf beteiligten organisationen konnten sich aus unterschiedlichen strategischen einschätzungen nicht auf einen gemeinsamen plan einigen. darauf ist auch die im vergleich zu den dortmunder-mai-demonstrationen geringere durchschlagskraft der demonstration zurückzuführen.

am 12 uhr war die kölnner innenstadt massenhaft mit polizei und BGS besetzt. verschiedene organisationen verteilten flugblätter, wobei schon einige verteiler verhaftet wurden. die stimmung war gespannt, sobald ein verteiler in der menge auftauchte, rissen sich die leute um die blätter.

gegen 14.30 uhr versammelte sich ein trupp am kaufhof und begann eine kundgebung, immer mehr leute stießen dazu. als nach 10 minuten die polizei anrückte, formierte sich die menge zu einem breiten demonstrationszug. es gelang nach vorne die kette der mars-menschen zu durchbrechen. sie gingen unheimlich brutal vor: karate-einsatz, tritte bei frauen und männern in den unterleib, kopfschläge usw. dort wo die bevölkerung in die kämpfe geriet, wurde mit ihr keine ausnahme gemacht.

nach dem durchbruch gab es drei demonstrationszüge, die um den kaufhof herum, die hohestraße bis zum dom und die schildergasse herauf und herunter zogen. dies verwirrte die beamten außerordentlich, sie griffen dann sehr unkoordiniert ein, bildeten vor allem mauern, um die züge nicht zusammenkommen zu lassen. mehrere kundgebungen wurden abgehalten, gegen 15.45 uhr lösten sie die züge auf. bis zum abend standen diskussionstrauben in den straßen. der rassenhaß in der bevölkerung gegen die araber ist noch keineswegs so stark, wie von der bourgeoisie erwartet. sie informierte sich mit den flugblättern, verhielt sich teilweise sehr solidarisch mit den demonstranten, provokateure nicht mehr als sonst auch.

die dem SAVAK bekannten mitglieder der CISNU nahmen äußerst kämpferisch an der demonstration teil, zwei busse der CISNU aus berlin und norddeutschland wurden auf der autobahn aufgehalten.

der kölnner-stadtanzeiger brachte am tage der demonstration einen offensichtlich vom polizeipräsidium aus diktierten artikel. laut KSTA sollte es "gegen die iranischen öllieferungen an die BRD" demonstriert werden und die polizei befürchtet, gewaltsame auseinandersetzungen zwischen passanten und demonstranten. der tatsächliche grund der demo, das faschistische terror-regime des schahs, wurde mit keinem wort erwähnt. in diesem sinne ist auch die begründung des verbots zu verstehen: "die politische betätigung einer iranischen studentenvereinigung ist geeignet, die beziehungen zwischen dem iran und der BRD zu belasten. eine belastung der beziehungen der BRD und dem iran wäre angesichts der drohenden energie-krise mit ihren folgen für die arbeitsplätze im existenziellen interesse der gesamtbevölkerung nicht zu vertreten."

BOCHUM (ID)
29./30.november 73

"KRISE" UND KURZARBEIT BEI OPEL

(aus dem flugblatt der gruppe oppositioneller gewerkschafter in der igm)

die geschäftsleitung unternimmt alles, um die steigerung des profits auf unsere kosten zu erzwingen. - das ist die wahrheit.

einen beweis dafür lieferte schon die rezession 66/67: der durch unsere arbeit erzielte jahresüberschuß lag 1966 bei 110,8 mio dm, 1967 bei 248,35 mio dm, im gleichen zeitraum mehrfach kurzarbeit bei opel; gleichzeitig über 5000 entlassungen; davon

über 1500 in bochum. und trotzdem mehr als 100% gewinnsteigerung! - durch einschüchterung der belegschaft sank der krankenstand im februar 67 gegenüber 66 um 45%! die arbeiter und angestellten ließen sich kürzungen der übertariflichen verdienstbestandteile gefallen! (aus: weißbuch zur unternehmermoral, 1967, hrsg. vom IGM-vorstand).

und heute? kurzarbeit vom 17.-21.12. und vom 14.-18.1.
das verkündete die geschäftsleitung am letzten freitag.

die hauptschuld soll die sogenannte "ölkrise" haben. das ist eine billige lüge. jeder, der die berichte über die "ölverknappung" aufmerksam verfolgt, hat inzwischen mitgekriegt, daß bisher noch "kein tanker weniger aus den arabischen ländern eingetroffen" ist (der hamburger wirtschaftssenator im rundfunk am freitag, 23.11.).

die eigentliche ursache des sinkenden autoabsatzes: in der WAZ vom 23.11.73 konnte jeder nachlesen, daß seit mai dieses jahres ununterbrochen die neuzulassungen in der BRD zurückgingen. am 5.2.73 hatte opel noch um 5,7% die preise erhöht. kurz vorher hat uns die IGM-führung mit einem tarifabschluß von 8,5% zum "Stabilitätsbeitrag" geführt. endergebnis für uns: höchste preissteigerungen seit 22 jahren; hundertausende von arbeitskämpfern kämpfen selbständig um ihren lebensstandard; die großaktionäre knüpfen auch dieses jahr an ihren profit-rekord von 1972 an: opel - mit 356,6 mio. dm - sackt 80% mehrgewinn ein: die letzte opel-post (11/73) schreibt: "auf das ganze jahr gerechnet wird 1973 nur ein geringes wachstum gegenüber 1972 bringen"!

DIE KURZARBEIT IST NICHT NOTWENDIG. ENTLASSUNGEN EBENSOWENIG. selbst betriebsrat gantenberg hat auf der letzten betriebsratssitzung am 23.11. gegenüber der anwesenden geschäftsführung gefordert: weiterproduzieren mit halber kraft bei vollem lohn. dabei wird immer noch genug reibach gemacht. auch wenn sich viele kollegen auf kurzarbeit freuen. wir zahlen sie schließlich aus eigener tasche! entlassungen werden wir nur verhindern können, wenn wir von anfang an geschlossen bei der forderung bleiben:

KRISE NICHT AUF UNSERE KNOCHEN!

BEI KURZARBEIT VOLLER LOHNAUSGLEICH!

VOLLE BEZAHLUNG DES 24. UND 31.12. OHNE DIE ÜBERFLÜSSIGEN RAUSHOL-SCHICHTEN!

diese forderung hat die geschäftsleitung vorletzte woche gegenüber dem gesamtbetriebsrat in rüsselsheim erneut abgelehnt. obwohl ab obermeister 1972 ein bis drei tage bezahlter sonderurlaub wegen "erhöhtem einsatz" bewilligt wurden. es liegt an unserer kampfbereitschaft, solche forderungen durchzusetzen! blindes vertrauen auf unsere betriebliche organisationen wie betriebsratsmehrheit und mehrheit der vertrauenskörperleitung bleibt erfolglos - wie der letzte streik bewiesen hat!

FRANKFURT (ID)
6. dezember 1973

GESPRÄCH ZWISCHEN HAUSBESETZERN, MIETSTREIKERN UND
STADT / KETTENHOFWEG 51 IM PROZESS

in der auseinandersetzung um den geplanten bau eines bürohochhauses (siehe ID nr. 9, 10, 14) an der ecke bockenheimer landstraße 111/113 und der schumannstraße 69/71 kam es am mittwoch den 5.12.73 zu einem gespräch mit vertreter der vom unterbezirksparteitag der spd eingesetzten richtlinienkommission.

das blockkollektiv der besetzten häuser bockenheimer/schumannstraße hat gemeinsam mit den folgenden mietstreikhäusern forderungen aufgestellt.

Baust. 11: das haus (eigentümer u.a. marciwicz)wirs seit 2 jahren bestreikt. mit sabotage der elektro- und wasserinstallation und blanker gewalt versuchten die eigentümer bisher, die bewohner zu vertreiben. forderungen: finanziell tragbare, gute ersatzwohnungen für alle hausbewohner. niemand will auf dauer im haus wohnen bleiben, da das haus verkommen, baufällig und schmutzig ist. bewohner: italiener, griechen, türken.

friedrichstr. 37: die türkischen mietstreiker fordern eine renovierung des hauses, für einen teil der familien ersatzwohnungen, das das haus überbelegt ist. hauseigentümer (gertler) weigert sich, reparaturen durchführen zu lassen. weitere forderung der türken: schluß mit der druckausübung der ausländerpolizei, die angekündigt hat, in einer woche eine türkische familie auszuweisen. begründung der drohung: da der hauseigentümer sich weigert, der familie eine bescheinigung darüber auszustellen, daß die familie bei ihm eine wohnung gemietet hat, kann die fa-

milie nicht "ordnungsgemäß" nachweisen, daß sie über wohnraum verfügt und muß ausreisen.

gräfstr. 45: der hauseigentümer hat räumungsurteile gegen einen teil der türkischen mietstreiker erwirkt. forderung der 120 (I) hausbewohner: keine vollstreckung der urteile; wenn ersatzwohnungen, dann ein großes neues haus für alle, da alle wieder gemeinsam wohnen wollen.

schwindtstr. 14: renovierung des Hauses, kein abriß. längerfristig ersatzwohnungen, da afu dauer das haus nicht mehr bewohnt werden kann.

bergerstr. 224: mietreduzierung um 80% auf zwei dm pro qm. totalrenovierung des vorder- und des hinterhauses.

nachdem die bewohner der bergerstraße 252 jahrelang eine weit überhöhte miete gezahlt haben, möchten sie im februar 73 von ihrem recht auf mietminderung gebrauch und zahlten nur noch einen an der ortsüblichen vergleichsmiete orientierten mietzins. der hausbesitzer überwies daraufhin die erhaltene umlage nicht mehr an die stadtwerke, so daß diese sich direkt an die mieter wandten und deren miete pfändeten.

nachdem die bewohner nun schon mehrere monate lang die dem wohnwert entsprechende miete an die stadtwerke gezahlt haben, verlangen diese nun plötzlich die zahlung der ursprünglichen wuchermiete. mit der erpresserischen androhung der einstellung der wasserlieferung will die stadt die zahlung eines qm-preises von dm 12,- erzwingen und zusätzlich noch pro person - einschließlich kleinkind - dm 20,- wassergeld eintreiben.

bergerstr. 252: schluß mit dem terror der polizei gegen die italienischen mietstreiker im haus. keine räumung, falls der hauseigentümer den momentan laufenden räumungsprozeß gewinnt. renovierung des Hauses.

eppsteinerstr. 44: sämtliche hausbewohner haben die räumungsprozesse verloren und mußten ausziehen. ein teil der familien hat sich schon ersatzwohnungen von der stadt erkämpft. forderung: auch die familien und einzelpersonen, die bisher nur notdürftig bei freunden und verwandten untergebracht sind, sollen von der stadt ersatzwohnungen erhalten.

westendstr. 58, 60, 62: mit nackter gewaltanwendung hat die hausverwalterin frau reich bisher einen großteil der türkischen mietstreiker einschüchtern und vertreiben können. forderung: frau reich zum teufel, hausverbot für sie; keine räumung aufgrund von räumungsurteilen. renovierung und erneuerung der heizungsanlage.

blockkollektiv bockenheimer/schumannstraße:

die häuser sind seit 2 jahren besetzt. die bewohner fordern angemessene miete, für die 80 hausbesetzer ersatzwohnungen, wo sie weiter als wohngemeinschaft leben können und die möglichkeit gegeben wird, den z.zt. im haus organisierten kinderladen wieder einzurichten.

sie erklärten ausdrücklich, daß sie zusammen, ausländische familien und wohngemeinschaften, um ihre wohnungen kämpfen werden, daß sie nicht freiwillig aus den häusern rausgehen werden, solange keine anderen wohnmöglichkeiten bestehen.

von seiten der vertreter der stadt wurde die zusicherung gegeben, daß während der verhandlungen mit der richtlinienkommission bis zur entscheidung im magistrat auf keinen fall geräumt wird. sie wurden aufgefordert, auf einer öffentlichen massenveranstaltung im volksbildungsheim oder der universität zu den problemen und forderungen stellung zu beziehen. dies wurde zugesagt. voraussichtlich findet diese veranstaltung in 2 wochen statt.

im frühjahr wurde das schöne, alte wohnhaus, kettenhofweg 51 im frankfurter westend, trotz massiven und massenhaften widerstandes der hausbesetzer und sympathisanten, trotz protestes der bevölkerung geräumt. eine baugenehmigung gab und gibt es noch heute nicht. aber das grundstück liegt günstig - ein ideales spekulationsobjekt. das haus wurde nach der räumung sofort abgerissen. das grundstück wird wahrscheinlich noch jahrelang leerstehen. bei der verteidigung des Hauses und bei der auf die räumung folgenden demonstration wurden 69 genossen festgenommen und jetzt vor gericht gestellt.

am 3.12. fand der 1. kettenhofweg-prozeß statt. anklage: landfriedensbruch, widerstand gegen die staatsgewalt, körperverletzung.

der angeklagte genosse soll bei seiner festnahme zwei bullen durch

stockschläge und fußtritte "an ihrer gesund beschädigt" haben.

als zeugen fuhr die staatsanwaltschaft 5 bullen auf, drei grüne (wasserwerferbesatzung) und zwei zivile, davon einer vom 18. (politischen)k.

zu beginn gab der genosse eine erklärung ab, auch im namen der anderen, die im zusammenhang mit dem kettenhofweg 51 einen prozeß zu erwarten haben.

die bullen aus dem wasserwerfer hatten ihre dienstlichen erklärungen wiederum wörtlich aufeinander abgestimmt. die merkwürdigkeiten, sowohl widersprüche als auch übereinstimmungen, waren so auffallend, daß sogar richter pietsch befremdet war; es schien, als wünschte er sich weniger schlampige absprachen.

eins hatten die zeugen anscheinend gänzlich versäumt: nämlich sich mit den zivilen in verbindung zu setzen, die ebenfalls aussagen sollten. die nämlich meinten, sie hätten überhaupt keine widerstandshandlung gesehen, der angeklagte habe sich lediglich hinter einem auto vor dem wasserwerfer versteckt, schutz gesucht, dabei hätten sie ihn überwältigt.

was blieb, war ein säuerlicher staatsanwalt, der die anklagepunkte widerstand und körperverschüttung fallen lassen mußte, und ein angeblicher stock in der hand des genossen als beweis für den landfriedensbruch 600, -- dm geldstrafe seien angemessen.

die verteidigung konnte auf ihre eigenen zeugen, jedenfalls für diese instanz, verzichten.

der richter schließlich sagte zum freispruch (im namen des volkes ha, ha), der verdacht bliebe bestehen, aber im zweifelsfalle, bla, bla..., er war wohl mächtig sauer auf die bullen und meinte, das seien doch sehr zweifelhafte praktiken, das mit dem abschreiben von dienstlichen erklärungen und so. es klang wie eine ermahnung, das nächste mal sorgfältiger zu sein, beim "aussagen".

BERLIN (ID)
29. november 1973

BEHANDLUNG VON K. HAMMERSCHMIDT IN U-HAFT
(protesterklärung der rote hilfe e.v., berlin)

seit ende september 1973 haben staatsanwaltschaft, gericht, gefängnisleitung und politische polizei die medizinische untersuchung und behandlung von katharina hammerschmidt vereitelt und verzögert, die seit 1 1/2 jahren ohne jeden beweis wegen des verdachts der unterstützung der raf im frauengefängnis lehrter str. inhaftiert ist. (in zusammenhang mit der fahndung nach der raf hat sie sich freiwillig gestellt).

katharina h. stellte ende september 1973 eine verdickung ihres halses fest. vermutete sie zu nächst eine normale halsentzündung, so mußte sie nach 1 woche feststellen, daß ihr halsumfang um 6 cm zugenommen hatte und kopf und oberkörper ebenfalls angeschwollen waren. auf befragen der verteidiger erklärten die ärzte, daß sie aufgetretenen symptome eine lebensgefährliche erkrankung - etwa der schilddrüse oder gar krebs - nicht ausschließen und daß eine sofortige gründliche untersuchung und behandlung notwendig sei.

der anstaltsarzt meinte, er könne mit den ihm im gefängnis zur verfügung stehenden mitteln nichts feststellen, es müsse eine untersuchung im krankenhaus von spezialisten durchgeführt werden. inoffiziell ließen stellen der anstalt verlauten, daß der hals deshalb so dick geworden sei, weil katharina h. auf dem gefängnishof so laut herumbrülle, daß sie sich die sache also selbst zuzuschreiben habe.

erst nach einer beschwerde beim kammergericht, auf die es sich entgegen der juristisch herrschenden meinung als zur entscheidung unzuständig erklärte, entschloß sich richter schedon, einen spezialisten zu katharina h. in die zelle zu lassen.

dies erst, nachdem mehrere wochen vergangen waren und nachdem sich ihr zustand derart verschlechtert hatte, daß kopf, hals und oberkörper noch mehr angeschwollen waren, daß sich beklemmungen und atembeschwerden eingestellt hatten und sich ständig ihre angst vergrößerte, wertvolle zeit zur heilung zu verlieren.

dieser arzt bestätigte, daß eine lebensgefährliche erkrankung äußerst wahrscheinlich sei, und betonte, daß eine sofortige untersuchung im krankenhaus notwendig sei, wofür er schon damals termine anbot. bis zum 28. dezember 1973 ist jedoch nichts geschehen.

erst 2 monate nach dem auftreten der geschilderten symptome fand

eine untersuchung unter strengsten sicherheitsmaßnahmen statt. ein ergebnis liegt noch nicht vor. in der nacht zum 29. november erlitt k. hammerschmidt einen schweren anfall, erst nach 1 1/2 stunden erschien eine ärztin und spritzte sie.

wochenlang hatte die für die regelung der überführung ins krankenhaus zuständige staatsanwaltschaft und polit. polizei immer wieder erfundene gründe wie fluchtgefahr, entführungsgefahr, das stattfinden einer ksv-veranstaltung im klinikum etc. vorgeschoben, um eine untersuchung zu verhindern. erst jetzt, nachdem der unsicher gewordene richter schedon die haftentlassung androhte, wenn keine krankenhausuntersuchung stattfinde, ließen staatsanwaltschaft und polit. polizei eine untersuchung im krankenhaus durchführen.

die staatsanwaltschaft beantragte beim gericht, die von der verteidigung beantragte haftverschönerung von k. hammerschmidt abzulehnen.

AUSLAND

PERSIEN(ID/CISNU)

STREIKWELLE DURCH DAS GANZE LAND

9. dezember 1973

in den letzten monaten wurden, trotz scharfer kontrollen durch SAVAK (persische geheimpolizei) und polizei in mehreren industriezweigen erfolgreiche arbeiterstreiks durchgeführt. das reaktionäre regime war in mehreren fällen gezwungen, die forderungen der streikenden zu erfüllen. so geschah es in den konzernen der nationalindustrie, in den montagebetrieben von mercedes und citroen und in der tabakverarbeitenden industrie. auch die elektro-fabriken pars, der industriezweig behschahr, die nationale schuhfabrik, die Pars-Fabrik in desful, die margarinefabrik in desful, die margarinefabrik schahpasand wurden bestreikt. diese streiks richteten sich gegen die arbeiterfeindliche schahpolitik und machten die widersprüche innerhalb der iranischen gesellschaft deutlich. die streiks breiteten sich wie eine fortlaufende kette im ganzen land aus und bewiesen die solidarität unter der arbeiterschaft. trotz brutalem polizei- und SAVAK-Einsätze und der verhaftung von 20 arbeitern, trotz provokation durch SAVAK, bewies die arbeiterschaft ihr erwachen und die tapfere teilnahme am proletarischen kampf. die wachsende unzufriedenheit über die politik des schahs in armeekreisen zog verhaftungen von hunderten von offizieren nach sich, davon 150 in 200 im heer, 200 in der landpolizei und ungefähr 200 in der stadtpolizei. diese verhaftungen konnten in den reihen der unzufriedenen weder angst noch panik verbreiten, noch wurden sie durch die hinrichtung der offiziere in ihrer widerstandskraft geschwächt. in den letzten monaten fand die polizei unter einer der großen brücken in rezajeh mehrere waffen und handgranaten. daraufhin wurden in dieser stadt 30 junge offiziere verhaftet.

PERU (ID/IPS)

BLUTIGE ZUSAMMENSTÖSSE ZWISCHEN STREIKENDEN UND POLIZEI

23.11.73

bei zusammenstößen in arequipa, einem großen industriezentrum rund 1000 km südlich von lima, wurden zwei personen getötet und 17 weitere verletzt. die behörden haben ein ausgehverbot zwischen zehn uhr abends und sechs uhr früh verhängt und die konstitutionellen rechte suspendiert.

der ausgangspunkt dieser streiks, die die staedte des südlichen hochlandes weitgehend lahmlegte bildete ein streik der lehrergewerkschaft (sutep), der die freilassung von über 300 in den letzten wochen verhafteten gewerkschaftsführern und die wiedereinstellung einer weit größeren zahl von lehrern, die von der regierung im november entlassen worden waren, verlangte. viele von ihnen wurden eingekerkert und unter anklage gestellt, einen umsturzversuch unternommen zu haben. studenten und arbeiter führten kundgebungen und demonstrationen in den straßen der stadt durch, gegen die die polizei mit äußerster brutalität vorging. noch am selben tag verhängte die regierung den ausnahmestand, nicht nur über das department von arequipa, sondern auch über das benachbarte puno. die militärkommandanten haben die ganze macht übernommen. in arequipa hat eine "verteidigungsfront der gewerkschaftlichen rechte" eine protestaktion gegen die repressiven maßnahmen organisiert, die die regierung gegen die lehrergewerkschaft einsetzt.

während sich gewerkschaften der verschiedensten art (bergbauarbeiter, konstruktionsarbeiter, omnibus- und taxenfahrer, kleinhändler etc.) dem streik anschlossen, beeilte sich die regierungskonforme führung der gewerkschaftszentrale CGTP (abhängig von der moskaufreundlichen KP, die noch immer glaubt, mit den militärs den übergang zum sozialismus schaffen zu können) mit der verlautbarung, daß sie den "von einer gruppe von gewerkschaftsführern und lehrern angekündigten streik weder unterstütze, noch unterstützen werde, weil es sich um eine bewegung mit politischem und subversivem charakter handle, die mit unausgesprochenen zielsetzungen das chaos und die unordnung schaffen wolle". die "konterrevolutionären finsterlinge" verschwiegen nicht vollends ihre zielsetzung: victor manzur, der generalsekretär der sutep, erklärte deren vorstellung während eines interviews im untergrund: "die einzige lösung ist eine demokratische volksregierung, die die ausbeutung abschafft. das ist die allgemeine lösung, die wir vor augen haben." (zitat nach OIGA, 16. november 73). in der tat behindert die haltung der CGTP das entstehen eines landesweiten streiks und damit auch jede möglichkeit für den erfolg der augenblicklichen streikbewegung. aber gerade die von den basisorganisationen der gewerkschaften ausgehende solidarisierung mit der lehrergewerkschaft, die zur lahmlegung der departements und zur dementsprechenden repression mit panzern und maschinengewehren von seiten der regierung führte, zeigt, daß die autoritäre verbalrevolution der militärs und das mit ihnen auf lange sicht planende auslandskapital die rechnung ohne den wirt gemacht haben.

26.11.73

die spannung in peru hat sich auf weitere landesteile ausgebreitet. am 23. november wurde auch in cusco der notstand ausgerufen, nachdem bei schweren zusammenstößen ein student getötet und viele andere verletzt worden waren. auch hier wurden die verfassungsmäßigen freiheitsrechte aufgehoben und ein nächtliches ausgehverbot verhängt.

CHILE (ID/IPS)

US-FLUGZEUG BESCHOSS MONEDA-PALAST

25. november 73

US-piloten haben an der beschießung des präsidienpalastes in santiago de chile am 11. september, dem tag des putsches, teilgenommen. das gibt die illegale nachrichtenagentur des chilenischen widerstandes, arauco, bekannt und nennt gleichzeitig die matrikelnummer des amerikanischen flugzeugs und die namen der piloten, die die maschine lenkten. "das flugzeug vom typ B-57-S, matrikelnummer 63103298" - schreibt arauco - "unter dem kommando der ersten piloten v. duenas und t. shull und der zweiten piloten m.b. lemmons und d.c. baird, koordinierte alle aktionen der aufständischen bewaffneten kräfte vor, während und nach dem militärputsch ... dieses flugzeug ist auf spionagemissionen spezialisiert und mit den modernsten instrumenten der tele-kommunikation ausgerüstet; am tag des putsches diente es als fliegende radio-zentrale."

CHILE (ID/PRENSA LATINA)

VOLLE LÄDEN - LEERE MÄGEN

30. november 73

die mittelklasse in chile, die nach dem militärputsch freudenfeste feierte, die "heimkehrer", die zu allendes zeiten ihre zelte in europa aufgeschlagen hatten und während ihrer rückkehr nach chile auf den großen ozeanriesen ihre freude offen zeigten, müssen evtl. jetzt in chile wohl den gürtel enger schnallen. die von allende-gegnern früher für den schwarzmarkt gehorteten lebensmittel sind wieder im handel. die läden sind voller waren, aber die käufer bleiben aus.

von der augenblicklich total verfahrenen situation werden allerdings die arbeiter und angestellten am schlimmsten betroffen. der offizielle mindestlohn wurde auf 12.000 escudos monatlich festgesetzt, aber diese summe reicht nicht annähernd aus, um die notwendigen lebensmittel kaufen zu können. unter der herrschaft der militärjunta sind die preise für brot um 255%, für zucker um 500%, für speiseöl um 600%, für tee um 800%, für normalbenzin um 1000% gestiegen - und der "aufwärtstrend" der preise hält weiter an. - die auf den ersten blick hoch anmutende summe von 12.000 escudos monatl. mindestlohn relativiert sich, wenn man zum vergleich den preis z.b. für ein paar schuhe betrachtet: er beträgt 9.000 escudos, also 3/4 des mindestlohns, der wiederum weder von privatunternehmen noch von den staatlichen stellen garantiert wird, wie general G. leight von der militärjunta kürzlich zugeben mußte.

er versprach eine sofortige regelung dieser angelegenheit und drohte denjenigen mit drastischen maßnahmen, die gegen die vorschriften verstoßen würden. bereits zwei wochen vorher hatte auch general pinochet verbesserungen der verheerenden situation angekündigt - aber getan hat sich noch nichts.

im gegenteil - medikamente sind unerschwinglich teuer geworden, sodaß sich die militärjunta, die man gewiß nicht übertriebener humanität oder sozialer einstellung bezichtigen kann, veranlaßt sah, die baldige durchsetzung von volkspreisen für medikamente zu versprechen. im augenblick kann sich aber nicht nur wegen der medikamentenpreise kaum jemand leisten, krank zu sein, denn auch die arzhonorare sind enorm gestiegen, sodaß die ärztliche versorgung überhaupt nicht mehr gewährleistet ist.

es scheint, daß auch die große besprechung am 5. nov., die die militärjunta mit verantwortlichen von 600 firmen führte und worin sie um unterstützung für ihre preispolitik bat, zu keinen ergebnissen geführt hat. (nach: EXPRESO, Lima, peru, - PRENSA LATINA (PL) v. 21.11.73)

PORTUGAL (ID)

VERHAFTUNGEN NACH DEN WAHLEN

7. dezember 73

in den letzten monaten sind in portugal, vor allem seit den letzten wahlen, die von der opposition boykottiert wurden, mehrere verhaftungswellen gelaufen. zahlreiche militante fielen den intensiven verfolgungen der sicherheitsdienste zum opfer, vor allem, seit verschiedene gruppen den militanten widerstand organisieren. eine dieser verhaftungsaktionen meldete selbst die bürgerliche presse. dem portugiesischen geheimdienst war in der tat der größte coup seit jahren gelungen: hermenio palma de ignacio, militanter revolutionär, führer der L. U. A. R. (ligue d'union pour l'action révolutionnaire), seit jahren staatsfeind nr. 1 des lissaboner regimes und meistgesuchter und meistgehaßter untergrundkämpfer portugals. palma de ignacio hatte vor jahren die größten enteisungsaktionen der portugiesischen opposition (entführung des portug. dampfers santamaria und eines verkehrsflugzeuges der linie lissabon-casablanca, banküberfälle über drei millionen dm) durchgeführt und damit den widerstand finanziert. mehrmals schon war es dem geheimdienst gelungen, ihn zu verhaften. er wurde gefoltert. zweimal entkam er aus den bewachtesten gefangenefestungen portugals. nun gab die internationale bürgerliche presse seine erneute verhaftung bekannt,

mehr noch, sie schrieb, daß durch seine verhaftung die festnahme von elf weiteren untergrundkämpfern möglich geworden sei. portugiesische genossen, die palma de ignacio sowohl aus dem gefängnis als auch von seiner praxis her kennen, erklären dazu, daß die polizei und das regime in lissabon ein interesse daran haben zu erklären, palma de ignacio hätte seine genossen verraten. das fällt ihnen allerdings schwer, da jeder weiß, daß es der P. I. D. E. in der vergangenheit noch nie gelungen ist, aus ihm die wahrheit herauszubringen. deshalb mußten weitere verhaftungen gemeldet werden. die portugiesischen behörden meldeten diese verhaftungen jedoch zu früh. verhaftungen wurden zwar vorgenommen, jedoch nicht aus den reihen der L. U. A. R., und in anderen teilen des landes. portugiesische oppositionelle werten die regierungsoffiziellen erklärungen zu den verhaftungen als versuch, herminio palma de ignacio als politische persönlichkeit, als symbol revolutionären widerstandes, zu zerstören.

LONDON (ID/PNS)

LOTTA CONTINUA-TREFFEN IN LONDON

1. dezember 73

fight on (lotta continua), die multinationale revolutionäre organisation, veranstaltete ihre ersten öffentlichen sitzungen ende november in north kensington, dem distrikt, auf den fight on zur zeit seine politische arbeit konzentriert.

fight on berichtet: " das erste treffen beschäftigte sich mit dem internationalen kampf der arbeitervlasse gegen faschismus und gegen den faschisierungsprozeß, der gegenwärtig manifest wird in europa und vor allem in großbritannien der tories mit seinem staatlich geförderten faschismus in irland und seinen polizeistaatlichen maßregelungen in england. das hauptthema der fight on sprecher war die notwendigkeit der klaren unterscheidung zwischen revolutionärem kampf gegen die internationale attacke der bosse auf das proletariat, und reformistischer kapitulation.

sprecher aus irland und lateinamerika illustrierten den faschisierungsprozeß in ihren ländern. filme über irland und kolumbien sind gezeigt worden, und die songgruppe von fight on, proletarian hits, sang kampflieder aus vielen ländern.

das andere treffen beschäftigte sich mit dem kampf in der stadt. aus der kürzlich erschienenen broschüre "struggle in the community" erläuterten sprecher die analyse und das programm von fight on für den stadtkampf in england. filme wurden gezeigt über den arbeitskampf der liverpooler docker, den kampf der frauen, den häuserkampf in italien und die kämpfe in den italienischen fabriken. eingewanderte mitglieder von fight on sprachen über die rolle, die ihnen der kapitalismus zuweist, und über die revolutionären perspektiven eines gemeinsamen kampfes mit der britischen arbeitervlasse.

drei anträge wurden auf dem meeting angenommen: eine nationale kampagne unter dem slogan "waffen für die MIR", um den bewaffneten widerstand in chile zu unterstützen, die einrichtung eines "community action centre" für die wiedergewinnung north kensingtons durch die arbeitervlasse und insbesondere für die umwandlung des leeren tabernacle building am powis square in ein bürgerzentrum, das vom volk selbst geführt wird; ferner die einrichtung einer "hände weg von den streikposten"-einheit für freiwillige im stadtteil - nach dem vorbild der existierenden anti-rausschmiß-schwadron -, um militant jedem streikposten zu helfen, der in den kommenden industriellen auseinandersetzungen in london organisiert wird. besondere wichtigkeit ist dieser initiative insofern zuzumessen, als sie auf den angriff der regierung auf die streikposten antwortet und praktisch macht, was so lange eine theoretische forderung war: stadtteil und fabrik zu verbinden im klassenkampf.

fight on, 154 ladbrooke grove, london w. 10, tel. 01 - 969 9336

PARIS (ID)
4. dezember 73

PARISER KOLLOQUIUM: DIE NEUEN GEFAHREN WAHRNEHMEN

ein internationales kolloquium über die "neue geafhren-wahrnehmung" fand vom 29. november bis zum 1. dezember in der unesco in paris statt. veranstalter war die "stiftung für verteidigungsstudien" (fondation pour les études de défense), die von dem anti-subversions-spezialisten general georges buis geleitet wird.

thema: "in vielen ländern ist es heute nicht mehr die kriegsgefahr, die die öffentlichkeit vorrangig beunruhigt. sorgen bereitet vielmehr das aufkommen zahlreicher gefahren, die nicht in den bereich rein militärischer verteidigung, sondern einer verteidigung im weitesten sinne gehören wie flugzeug-entführungen, kriminalität, umweltverschmutzung, rassenspannungen, generations-konflikte, säuberung der lebensbedingungen, währungskrise etc."

90 experten aus dem ausland kamen zu diesem kolloquium nach paris.

die französische tageszeitung "libération" kommentiert: "wer glaubt, daß frankreich nicht chile sein wird, daß die französische armee nicht dasselbe ist, tut gut daran, dieses kolloquium aufmerksam zu verfolgen".

FRANKREICH (ID)
4. dezember 73

FRANKREICH ERMITTELT DEN "INNEREN FEIND"

frankreich ermittelt den "inneren feind" mit hilfe des militär-bulletins vergleichbar "unseren" notstandsgesetzen.

frankreichs 1962 begonnene "operationelle verteidigung des territoriums DOT (défense opérationelle du territoire) bereitet der französischen KP kopfschmerzen - denn es hat sich rausgestellt, daß sich die DOT-verantwortlichen nicht nur - wie ursprünglich vorgesehen - auf den "äußeren feind", sondern auch auf den "inneren feind" vorbereitet. die französische KP fordert im parlament eine untersuchung und verdächtigt die regierung in einer mündlichen anfrage, "die masse der arbeiter, die mit ihrer arbeit nicht einverstanden sind, als ihren feind" zu bezeichnen.

- auch frankreichs bürgerliche presse fragt sich beunruhigt: "wie weit geht die DOT"(le figaro vom 17. 10. 73), le monde stellt am gleichen tage fest: "die DOT wird von tag zu tag beängstigender".

- unheimlich ist frankreichs kommunisten wie bürgerlichen, daß französische stabsoffiziere - die im rahmen der DOT eigentlich nur dafür zu sorgen haben, daß kein feind von außen nach frankreich einfällt (dekret vom 24. 2. 62) - in einem "vierteljährlichen nachrichtenbulletin über den inneren feind" die gefahr im innern ermittelt, namentlich aufführt und kommentiert. diese regelmäßigen berichte alle vierteljahr gehen an die bezirkskommandanturen, die sie wiederum zusammengefaßt an das verteidigungsministerium weiterleiten.

- im mittelpunkt dieser nachforschungen stehen die KPF und ihre "ableger", wie es in einem bericht heißt. namenlisten - zum teil mit den privaten adressen führender mitglieder, die zahl der parteizellen, das ergebnis von geldkollekten etc., werden alle drei monate vervollständigt. das gleiche gilt für die kommunistisch ausgerichtete (CGT)gewerkschaft, für die "gesellschaft frankreich-udssr" - obwohl führende mitglieder dieser vereinigung der gaullistischen partei UDR angehören.

an zweiter stelle der feindesliste stehen die "parteien und gruppen marxistisch leninistischer oder trotzkistischer ideologie", pazifisten und anarchisten. dann kommt die vereinigte sozialistische partei (PSU) und die reformistische gewerkschaft CFDT. besondere aufmerksamkeit wird seit seinem bestehen dem "komitee für die verteidigung der einberufenen" (CDA) und der "anti-autoritären bewegung gegen die armee" (MACA) gewidmet. ebenso den "gruppierung-

gen angehöriger aus übersee" (kolonialgebiete wie martinique und gouadeloupe etc.) ausländische minderheiten werden in frankreichs militär in die kartei der möglichen inneren feinde aufgenommen. sie werden nach nationalitäten aufgeschlüsselt und dann noch einmal in "flüchtlinge, staatenlose oder unbestimmte" eingeteilt. ausgenommen bisher - zufall oder sonderanweisung? - die sozialistische partei mitterands (PS), die mit der KP ein wahlbündnis machte, die gewerkschaft "force ouvrière" (FO) und sämtliche rechtsradikalen organisationen.

francois mitterand - in frankreich im zusammenhang mit chile oft als französischer allende bezeichnet - wundert sich in seiner partei-zeitung "l'unité" nach bekanntwerden des DOT-bulletins, daß "in frankreich eine bürgerkriegsmaschine aufgebaut wird". doch general maurin, stabschef des heeres, weiß ihn zu beruhigen: "die armee steht weder einer partei, noch einer gruppierung der gesellschaft zu gebote"!

NEA PEL (ID)

5. dezember 73

"WISSENSCHAFT FÜR VIETNAM" IN ITALIEN

vorinformation: siehe ID nr. 12

die italienische delegation der "science for vietnam"-kollektive, die vom hanoier staatskomitee für wissenschaft und technologie der RDV eingeladen wurde, um dort die programme der SfVN zu koordinieren, hofft - wenn die finanzierung klappt - diese wichtige reise unternehmen zu können und die konferenz in rom damit zu ermöglichen, die ende februar 74 stattfinden soll.

DUBLIN (ID/PNS)

1. dezember 73

ERKLÄRUNGEN DER PROVISIONALS ZU DER
NEUEN REGIERUNG IN NORDIRLAND

sinn fein (provisional) und die provisional IRA haben statements herausgegeben, die die neue nordirische koalitionsregierung ablehnen. die provisional ira will "die neue regierung vernichten wie den alten stormont."

in ihrem statement führt die sinn fein (prov.) aus: "die neulich angekündigte nordirische koalitionsregierung basiert auf dem northern ireland constitution act, welcher wiederum auf dem britischen weißbuch vom 20. märz fußt. er hat die britische aggression zum hintergrund und die leugnugn des rechts des irischen volkes, als ganzes auf souveränität und frieden hinzuarbeiten. sinn fein verwirft arrangements auf dieser basis, da sie keinen gerechten und anhaltenden frieden bringen können.

"die sozialdemokratische und labour partei (SDLP) hat jetzt einen job unter der krone angenommen und ist damit teil des britischen kolonialsystems, das irland teilt und ein regime des terrors in nordirland aufrechterhält.

wilddieb fitt hat sich zum förster gemausert.

"die internierten im KZ long kesh und im armagh jail wissen jetzt, wer ihre feinde sind. von jetzt an können aufkleber "laßt die gefangenen frei!" auch an den häusern von gerry fitt und john hume angebracht werden, denn sie sind jetzt kerkermeister wie lynch und cosgrave - sie, die aus dem stormont (regierungsgebäude) auszogen und versprochen, niemals mit den briten zusammenzuarbeiten, solange nicht der letzte gefangene in long kesh entlassen worden ist. wir hoffen, sie sind sich der konsequenzen ihres verrats bewußt.

das statement der IRA provisionals schließt: "der britischen präsenz in irland wird ein ende gemacht werden - unabhängig von den faulkners, fitts und cosgraves. wenn erst die briten abgezogen sind, wird es mehr auf großmut als auf kompromisse ankommen, um ein irland zu schaffen, in dem gewalt, armut und verwahrlosung der vergangenheit angehören."

DOKUMENTATION

DOKUMENT 1

ERKLÄRUNG ZU DEN ANSCHLÄGEN AUF ITT BERLIN,
NÜRNBERG

die revolutionäre zelle übernimmt die verantwortung der anschlüge auf itt-niederlassungen in berlin und nürnberg am 16.11. und 17.11.73. wir haben deshalb itt-niederlassungen angegriffen, weil itt verantwortlich ist für die ermordung und folterung chilenischer frauen, arbeiter und bauern.

schon 1971 wollte itt mit hilfe des damaligen cia-chefs mc cone, der gleichzeitig aufsichtsratsmitglied von itt ist, mit hilfe der itt-eigenen innenpolitischen abteilung, des nachrichtendienstes und der spionageabwehr und natürlich mit unterstützung des massenmörders nixon, den wahl-sieg allendes verhindern. für diesen versuch bot itt allein dem cia 1 mill. dollar an. itt scheute sich nicht, den im volk beliebten general schneider ermorden zu lassen, um damit einen putsch heraufzubeschwören. das ist ihnen nicht gelungen, weil das chilenische volk wußte, daß es für seine befreiung kämpfen muß, daß die herrschenden mit allen mitteln die unterdrückung des volkes - das kapitalistische system - durchsetzen, daß es ihnen scheißegal ist, wieviel menschen dabei krepieren.

sperrung von krediten, einfuhrbeschränkungen, einstellung von treibstoffnachschub, manipulation des kupferpreises und waffenlieferungen an rechtsradikale: das ist das instrumentarium des us-imperialismus, den wirtschaftlichen zusammenbruch chiles zu erzwingen, nixon, das schwein, aber, läßt erklären, daß die usa mit dem militärputsch in chile nichts zu tun habe.

wir alle wissen, daß nixon und itt, daß der us-imperialismus nicht nur in chile sitzt, und seine stinkigen krallen ausführt, menschen ausbeutet und uns erdrückt, menschen krank macht und tötet, sondern in den ländern der dritten welt überhaupt.

itt hat allein in 53 ländern gesellschaften (u.a. brasilien, bolivien, nigeria, nicaragua, südafrika, uruguay, angola); und natürlich stehen firmen wie ibm, dow chemical, siemens, bosch, aeg in der ausbeutung der dritten welt itt in nichts, aber auch gar nichts nach.

die anschlüge auf itt-niederlassung in der schweiz, usa, italien und spanien zeigen, daß überall menschen begriffen haben, daß der bewaffnete und militante kampf nicht nur in chile politisch richtig ist. sie haben erkannt, daß der, der sich mit dem kampf des chilenischen volkes solidarisiert, den antiimperialistischen kampf im eigenen land militant führen muß, daß man dem terror des kapitals überall, das heißt auch hier, den widerstand des volkes entgegensetzen muß. unsere anschlüge in berlin und nürnberg sind nur ein winziger teil des antiimperialistischen kampfes. sie haben nur symbolischen charakter.

sie zeigen, daß wir mit dem chilenischen volk solidarisch sind und auf seiner seite kämpfen. sie sollen in der brd vermitteln, daß wir: mit all den uns zur verfügung stehenden mitteln kämpfen müssen.

der kampf kann nur massenhafter werden, wenn wir mit unseren möglichkeiten gegen dieses system kämpfen, das uns jeden tag in seinen klauen hat.

der kampf kann nur massenhafter werden, wenn wir lernen, neue kampfformen zu entwickeln.

kämpfen wir gemeinsam gegen den brd-imperialismus! den antiimperialistischen kampf militant führen! solidarität mit dem chilenischen volk! solidarität mit der mir!

DOKUMENT 2

BESCHLUSS ÜBER WEITERBESTEHEN DER ISOLIERHAFT
A. BAADERS

auszug: "der antragsteller ist bereits einmal aus der strafhaft befreit worden, wobei ohne rücksicht auf unbeteiligte dritte von schusswaffen ge-

brauch gemacht wurde. zwar erfolgte diese befreiung anlässlich einer ausführung. das ändert jedoch nichts daran, daß bei dem antragsteller auch mit ausbruchs- bzw. befreiungsversuchen aus der anstalt selbst gerechnet werden muß. zu beachten ist dabei ferner, daß die haft des antragstellers voraussichtlich nicht mit der verbüßung der strafe ende juli 1974 endet, sondern, wie erwähnt, überhaft notiert ist. "

"die zelle, in der der antragsteller untergebracht ist, entspricht in ihrem äußerlichen zustand dem anderer, ebenfalls belegte sicherheitszellen wovon sich der senat bei einer augenscheinseinnahme überzeugt hat. inwieweit die aus sicherheitsgründen erfolgte feste verankerung von möbelstücken einen besonderen eingriff in den kernbereich der freien entfaltung der persönlichkeit und in die persönliche würde bilden soll, wie der bevollmächtigte des antragstellers meint, ist nicht einzusehen. im übrigen ist dem antragsteller gestattet, ein bücherbrett nach eigenem wunsch zu verwenden. die licht- und belüftungsverhältnisse sind zwar infolge des aus glasbausteinen bestehenden fensters, das neben den vorhandenen gittern eine zusätzliche sicherung gegenüber ausbruchsversuchen bietet, eingeschränkt. sie sind jedoch noch ausreichend, da der antragsteller die möglichkeit hat, ein kleines viereck des fensters zu öffnen, wodurch er auch nach draußen sehen kann. "

aus sicherheitsgründen notwendig ist, der ausschluß des antragstellers von den gemeinschaftsveranstaltungen, da dabei die übergabe von gegenständen sowie die übermittlung von nachrichten von einem gefangenen zum anderen nicht zu verhindern ist. dies gilt ebenso für die teilnahme am täglichen gemeinschaftshofgang. hier wäre zwar eine genaue überwachung dann möglich, wenn es dem antragsteller gestattet würde, nur mit einigen wenigen anderen gefangenen den hofgang durchzuführen. bei einer solchen genauen überwachung würde jedoch gerade das ziel, das der verurteilte mit seinem antrag erreichen will, die kontaktaufnahme mit anderen gefangenen, wiederum nicht erreicht. "

"im übrigen ist die isolierung des antragstellers keineswegs so streng, daß dadurch jedenfalls zur zeit gesundheitliche schäden zu befürchten wären. "

"ihm ist erlaubt, worden, zwei stunden das vormittagsprogramm des fernsehens in anwesenheit eines bediensteten anzusehen. es sind somit genügend kontaktmöglichkeiten vorhanden, die es auch nicht erforderlich erscheinen lassen, entsprechend dem hilfsantrag den täglichen zusammenschluß mit einem anderen gefangenen zu gestatten. "

3. strafsenaat des oberlandesgerichts frankfurt/main gez. roland, achter, baumann

DOKUMENT 3

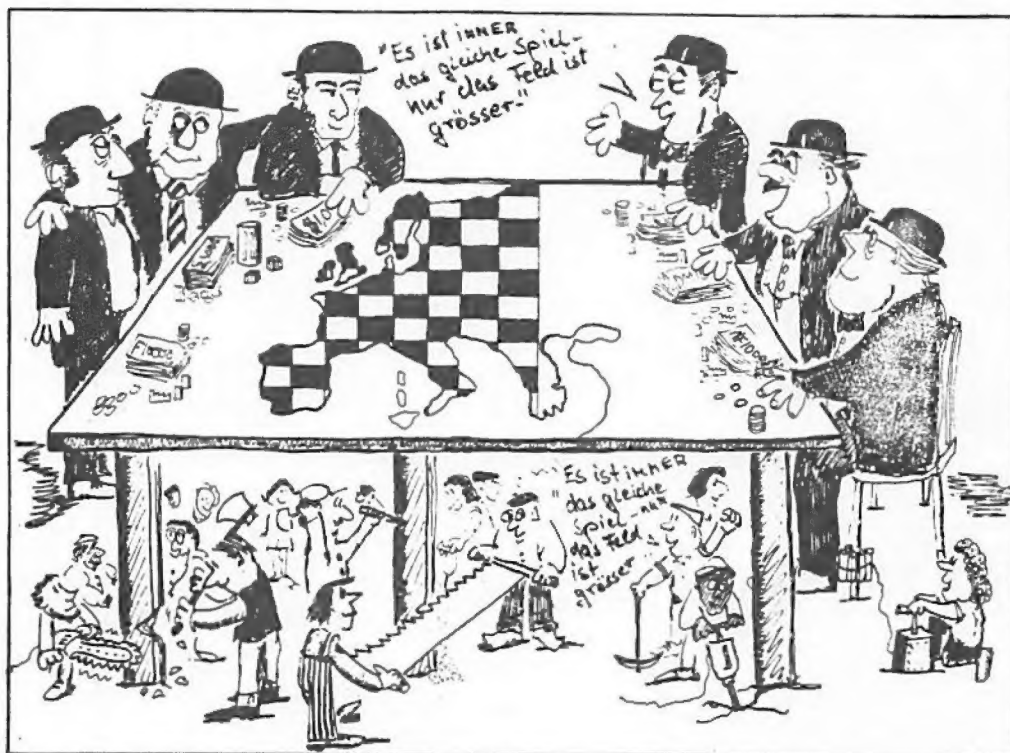
WAS IST IN DER WESTENDSTRASSE 70 LOS? (s. auch ID Nr. 5)

am 29.10.73 wollten wir, meine frau und ich, der öffentlichkeit einmal zeigen, was in der westendstr. 70 so im laufe der zeit alles passiert ist. als wir mit hilfe von anderen genossen eine tafel mit informationen aufgestellt hatten, kam zuerst (kein) spekulant winter und riss unsere info-tafel wieder weg. als wir mit winter noch am diskutieren waren, kam dann auch noch rosenthal mit ein paar bullen. dadurch, daß die bullen den (nicht) spekulanten zuhilfe kamen, dachten sie, jetzt mit uns machen zu können, was sie wollen.

aber hier spielten die polizisten nicht mit und hielten sich aus der ganzen affäre raus. später erfuhren wir, daß rosenthal noch seine schläger bei sich hatte. diese typen hatten sich in der nähe aufgehalten. als alles vorbei war, kam rosenthal noch einmal zurück und wollte sich noch einmal unterhalten. wie es sich aber später herausstellte, wollte er uns nur dazu bewegen, so schnell wie nur möglich das haus zu räumen. wir machten ihm aber klar, daß wir das haus nicht besetzt haben, sondern, daß wir ganz offiziell als hausmeister in das haus eingezogen sind. das haus wurde quasi hinter unserem rücken verkauft und uns wollte man, wie es so schön heißt, den stuhl vor die tür setzen; mit der begründung, man brauche keinen hausmeister und

das haus wird ja sowieso renoviert.

wie sieht aber die renovierung in wirklichkeit aus? ca. 50 bis 60 prozent der sanitären anlagen sind zerstört; die wohnungen sind zugemauert und der haupteingang so wie der eingang zum keller wurden zugemauert. eine abrißgenehmigung liegt aber nicht vor! BÜRGER! mit der renovierung will man uns nur sand in die augen streuen, denn, wenn ich etwas ganz machen will, dann zerstöre ich vorher nichts. am 18.12.73 ist der räumungstermin für uns, damit wir, die letzten bewohner der westendstraße 70 auf die straße gesetzt werden sollen. wenn die spekulanten das geschafft haben, dann wird aber renoviert. wie die renovierung aussieht, das hat man uns ja schon gezeigt. wenn wir aus diesem haus nicht rausgehen, dann nur, damit nicht noch mehr zerstört wird!
familie r. turbanisch



Haus "Collegamenti" internazionali per le comunicazioni
zu beziehen:

12

Via Torino 77
20123 Milano
Stafia